



Die Rückkehr der Knappheit

Thieß Petersen

Die letzten drei Jahrzehnte waren Dekaden mit einem weltweit steigenden materiellen Wohlstand. Verantwortlich dafür waren unter anderem eine wachstumsförderliche globale Bevölkerungsentwicklung, die voranschreitende Globalisierung und billig verfügbare Rohstoffe. Alle drei Rahmenbedingungen verändern sich nun jedoch in eine wachstumsdämpfende Richtung. Angesichts einer weiter steigenden Weltbevölkerung drohen zunehmende Knappheiten – und damit wachsende Verteilungskonflikte.

Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 haben die Zentralbanken ihre Geldmengen erheblich ausgeweitet. Dennoch verblieben die Inflationsraten der großen Industriestaaten in dieser Zeit meistens unter zwei Prozent. Eine Knappheit in dem Sinne, dass die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage größer als das zur Verfügung stehende Güterangebot wurde und es deshalb zu einem Anstieg der Verbraucherpreise auf breiter Front kommt, trat also nicht auf.

Perspektivisch ist jedoch in vielen Bereichen mit der Zunahme von Knappheit zu rechnen. Deshalb ist zu befürchten, dass die hohen Inflationsraten, die es in Europa und den USA seit Ende 2021 gibt und die durch den Ausbruch des Ukrainekrieges einen zusätzlichen Schub erhielten, nicht auf ihr niedriges Niveau der letzten Jahre zurückkehren werden.

Wenn es somit in vielen Bereichen zu einer steigenden Knappheit von Gütern kommt, drohen wachsende Verteilungskonflikte und soziale Spannungen – sowohl innerhalb einzelner Länder als auch zwischen Nationen. Um dies zu vermeiden, sind wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig.

Wachstum, Wohlstand und das BIP

Der weltweite Zuwachs des materiellen Wohlstands äußerte sich in einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – nicht nur absolut, sondern auch je Einwohner:in (siehe Abb. 1). Das BIP ist der traditionelle Indikator zur Messung der wirtschaftlichen Leistungskraft eines Landes. Es entspricht dem Wert aller Sachgüter (bzw. Waren) und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einem Land hergestellt werden. Beim realen BIP werden inflationsbedingte Einflüsse auf das

BIP herausgerechnet. Auch wenn die Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mithilfe des BIP Mängel aufweist, ist es ein zentraler Indikator in der wirtschaftspolitischen Diskussion.

Ein hohes BIP gilt als erstrebenswert, weil den Bürger:innen eines Landes dann viele Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stehen, also Wohnraum, Kleidung, Lebensmittel, Mobilitätsangebote, Freizeitangebote, Krankenhäuser, Schulen und vieles mehr. Ein hoher materieller Wohlstand wirkt sich positiv auf die immateriellen Lebensbedingungen der Menschen aus. So verbessern eine gesündere Ernährung und gesündere Wohnbedingungen den Gesundheitszustand der Menschen und erhöhen ihre Lebenserwartung. Wichtig ist in diesem Kontext der Hinweis, dass ein hohes BIP kein Ziel an sich ist, sondern lediglich ein Mittel für ein selbstbestimmtes und gutes Leben mit möglichst umfangreichen Chancen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (vgl. Pies 2020: 18).

der Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren als Indikator für die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter herangezogen. Weltweit stieg der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von rund 57 Prozent im Jahr 1965 auf knapp 66 Prozent im Jahr 2015 (siehe Abb. 2). Besonders stark war der Anstieg in Asien.

Ein hoher Anteil von Personen im erwerbsfähigen Alter bedeutet ein hohes Angebot an Arbeitskräften. Wenn dem Arbeitsmarkt viele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, ist der Preis für diesen Produktionsfaktor – also der Lohn – relativ gering. Unternehmen sind dann eher bereit, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Daraus resultiert eine hohe Zahl von Beschäftigten, die viele Güter herstellen können.

Erwerbstätige Personen erzielen Arbeitseinkommen, von denen sie einen Teil sparen. Ihre Sparquote ist höher als die von Rentner:innen und erst recht von Kindern und Jugendlichen. Wenn ein

ABBILDUNG 1:
Entwicklung des realen BIP je Einwohner:in zwischen 1990 und 2021

In US-Dollar Kaufkraftparität, konstante Preise

Region	1990	2000	2010	2020	2021	Veränderung
G7-Staaten	36.701	44.165	47.594	50.616	53.193	+ 45 %
Europäische Union	29.992	35.015	39.463	42.121	44.204	+ 47 %
Schwellen- und Entwicklungsländer in Europa	17.016	13.287	20.470	25.503	26.992	+ 59 %
Lateinamerika und die Karibik	10.930	12.568	15.041	14.290	15.070	+ 38 %
Schwellen- und Entwicklungsländer in Asien	2.011	3.387	6.735	10.934	11.633	+ 478 %
Naher Osten und Zentralasien	8.463	8.758	10.921	10.827	11.013	+ 30 %
Sub-Sahara Afrika	2.926	2.770	3.663	3.811	3.856	+ 32 %

Quelle: IMF 2021 (Abruf der Daten am 27.3.2022)

| BertelsmannStiftung

Für diesen Anstieg des materiellen Wohlstands sind vor allem drei Treiber verantwortlich: die weltweit wachstumsfreundliche demografische Entwicklung, die voranschreitende Globalisierung mit Spezialisierungsgewinnen aus der internationalen Arbeitsteilung und die Nutzung von billigen natürlichen Rohstoffen.

Wachstumsfreundliche demografische Entwicklung

Eine Determinante für die Höhe des realen BIP je Einwohner:in ist der Anteil der erwerbstätigen Personen an der Gesamtbevölkerung. Für internationale Vergleiche wird in der Regel die Gruppe

hoher Teil der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist, verfügt die Volkswirtschaft über eine hohe Sparquote – und hohe Ersparnisse ermöglichen gesamtwirtschaftlich hohe Investitionen (vgl. Petersen et al. 2020: 960–962). Das bedeutet, dass die Arbeitsplätze mit vielen Maschinen und anderen physischen Produktionsmitteln ausgestattet werden können. Dies hat wiederum zur Folge, dass die Beschäftigten eine hohe Produktivität erzielen können, an die auch die Lohnentwicklung weitgehend gekoppelt ist.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich insgesamt, dass ein hoher (bzw. steigender) Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter tendenziell

auch einen hohen (bzw. steigenden) materiellen Wohlstand je Einwohner:in mit sich bringt.

Weltweiter Abbau von Handelshemmnissen

In den letzten Jahrzehnten kam es weltweit zu einer starken Reduzierung der Zölle. Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der grenzüberschreitende Güterhandel im Durchschnitt noch mit Zollsätzen in Höhe von 40 Prozent belastet. Seitdem sind die Importzölle stark gesunken und lagen zu Beginn der 1990er-Jahre bei weniger als vier Prozent.

Ein weiterer Globalisierungsschub resultierte aus dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989. Er integrierte die Volkswirtschaften Osteuropas in die internationale Arbeitsteilung. 2001 sorgte der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (World Trade Organization, kurz WTO) für eine zusätzliche Intensivierung der Globalisierung, da China so in die Weltwirtschaft eingebunden wurde.

Die Globalisierung, verstanden als ökonomische, soziale und politische Verflechtungen zwischen verschiedenen Ländern, kann das reale BIP einer Volkswirtschaft über verschiedene Kanäle erhöhen. Wenn sich alle Länder auf die Produktion der Waren und Dienstleistungen spezialisieren, bei denen sie Produktionsvorteile haben, kommt es in allen beteiligten Ländern zu Spezialisierungsgewinnen – und damit steigt das globale BIP. Die internationale Mobilität von Arbeitskräften und Kapital führt dazu, dass die weltweit zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren dort eingesetzt werden, wo sie den größten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung leisten. Für die Welt als Ganzes bedeutet dies: Es steht eine größere Menge an Waren und Dienstleistungen zur Verfügung, für die die Verbraucher:innen einen geringeren Preis zahlen müssen.

Niedriger Preis für Umweltressourcen

Ein dritter zentraler Treiber des wirtschaftlichen Wachstums der letzten Jahrzehnte war die Nutzung natürlicher Ressourcen zu einem Preis, der nicht alle Kosten widerspiegelt, die mit dem Ressourcenverbrauch verbunden sind.

Der Einsatz fossiler Energien wie Erdöl, Erdgas und Kohle führt über Treibhausgasemissionen zur Erderwärmung und zum Klimawandel. Dieser verursacht u. a. Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Wetterextreme (Hitzewellen, Dürren, Stürme etc.), eine steigende Zahl von Hitzetoten, gravierende Folgen für die Ökosysteme (z. B. das Massensterben von Tier- und Pflanzenarten), vermehrte Waldbrände, sinkende Ernteerträge und einer Versauerung der Ozeane durch

eine erhöhte CO₂-Konzentration. Die daraus resultierenden ökonomischen Schäden sind nicht oder bestenfalls teilweise in den Marktpreisen enthalten – Verbraucher:innen zahlen also einen zu geringen Preis für die Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Die fehlende Einpreisung der Zusatzkosten führt zu einer Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das ermöglicht zwar ein höheres BIP, gemessen an den tatsächlichen Kosten ist dieses jedoch zu groß. Es werden auch Produkte hergestellt, deren gesamtgesellschaftlicher Nutzen geringer ist als deren gesamtwirtschaftliche Kosten.

Der Blick nach vorn: Wachstumsdämpfende Effekte nehmen zu

Die drei skizzierten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich nun in eine wachstumsdämpfende Richtung – und dies geschieht gleichzeitig.

Alterung und Wachstum der Weltbevölkerung

Weiter oben wurde dargelegt, dass sich ein hoher Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter positiv auf die Höhe des realen BIP je Einwohner:in auswirkt. Abbildung 2 zeigt jedoch, dass der Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtbevölkerung seit 2015 weltweit zurückgeht – vor allem in Europa. Folglich nehmen mit der Alterung der Bevölkerung die wachstumsfördernden Effekte ab.

Ein altersbedingter Arbeitskräftemangel bedeutet für sich genommen geringere Produktionsmöglichkeiten. Die verfügbaren Einkommen derjenigen, die im Rentenalter sind, sind geringer als die der Erwerbstätigen. Das verringert die Sparmöglichkeiten von Rentner:innen. Somit kommt es aus Sicht der gesamten Volkswirtschaft zu einem Rückgang der Sparquote mit nachlassenden Investitionsmöglichkeiten. Das wirkt sich negativ auf den gesamtwirtschaftlichen Produktionsapparat und die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten aus.

Die Investitionsmöglichkeiten der Weltwirtschaft gehen darüber hinaus auch wegen des Bevölkerungszuwachses zurück. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung zwischen 2019 und 2050 von rund 7,7 auf 9,7 Milliarden Menschen ansteigen (vgl. United Nations 2019). Eine größere Weltbevölkerung bedeutet eine höhere Nachfrage nach Konsumgütern. Wenn infolgedessen die knappen Produktionsmöglichkeiten für die Herstellung von Konsumgütern genutzt werden, stehen sie nicht mehr für die

Herstellung von Maschinen und anderen Investitionsgütern zur Verfügung.

Gravierend sind die Folgen der höheren Nachfrage nach Konsumgütern in den Bereichen, in denen eine begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen keine beliebig hohe Ausweitung des Angebots erlaubt. In diesen Fällen nimmt die Knappheit zu, die Preise werden steigen. Dies betrifft vor allem den Produktionsfaktor Boden und damit die

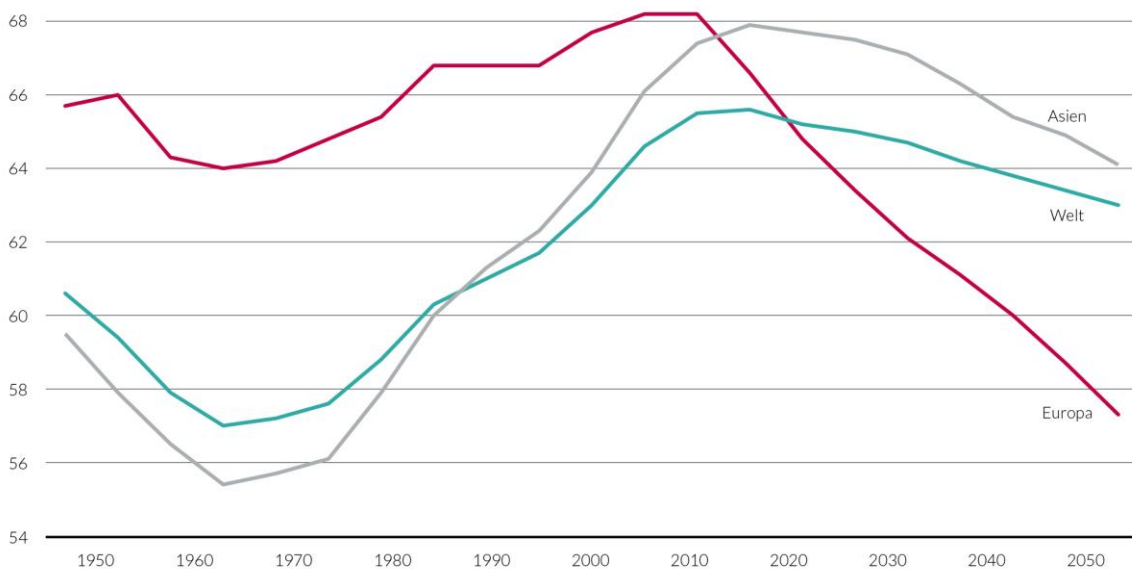
Pleite ausgelösten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 weiten sich diese Handelsbeschränkungen aus.

Die Coronapandemie gab dem weltweiten Protektionismus einen weiteren Schub. So führten viele Staaten in der Pandemie Exportbeschränkungen für lebenswichtige Medikamente, Beatmungsgeräte und Nahrungsmittel ein, um Versorgungsengpässe im eigenen Land zu verhindern.

ABBILDUNG 2:

Entwicklung des Anteils der 15- bis 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zwischen 1950 und 2050 in der Welt, in Europa und in Asien

Angaben in Prozent



Quelle: United Nations 2019

| BertelsmannStiftung

Herstellung von Nahrungsmitteln sowie die Bereitstellung von Wohnraum. Und es betrifft die Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung mit Wasser – hier drohen erhebliche Knappheiten, die durch den Klimawandel zusätzlich verschärft werden.

Deglobalisierungstendenzen und geopolitische Konflikte

Die Spezialisierungsgewinne, die sich lange Zeit aus der voranschreitenden Globalisierung ergaben, werden durch protektionistische Maßnahmen verringert. Hierzu gehören neben Zöllen, die den Import von Produkten aus dem Ausland verteuern, auch sogenannte nicht tarifäre Handelshemmnisse. Dabei handelt es sich z. B. um bürokratische Auflagen, technische Qualitätsanforderungen, Mengenbeschränkungen und vieles mehr. Seit dem Ausbruch der durch die Lehman-

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die internationalen Handelsbeziehungen zukünftig nicht mehr nur unter dem Kriterium der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit betrachtet werden, sondern auch vermehrt im Hinblick auf geopolitische Erwägungen. So ging es beispielsweise bei den Handelsstreitigkeiten zwischen den USA unter Donald Trump und China nicht nur um das amerikanische Handelsbilanzdefizit, sondern vielmehr um die weltweite Technologieführerschaft. Es ist zu befürchten, dass viele Volkswirtschaften in der Zukunft verstärkt handelspolitische Instrumente einsetzen, um damit ihre politischen Ziele zu erreichen. Mögliche Instrumente dafür sind neben Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen auch Sanktionen, Exportbeschränkungen, Exportverbote und vieles mehr (vgl. Görg und Kamin 2021: 854 f.).

Auch der Ukrainekrieg dürfte einen zusätzlichen dauerhaften Deglobalisierungsschub nach sich

ziehen. Es droht eine erneute Blockbildung – auf der einen Seite demokratische, marktwirtschaftlich organisierte Länder aus Europa, Amerika, Ozeanien und Asien (also Japan und Südkorea) und auf der anderen Seite autokratische Staaten (China, Russland und deren wichtigste Handelspartner). Zusätzlich könnte es noch einen dritten Block mit Ländern wie z. B. Indien geben, die versuchen, eine klare Zuordnung zu vermeiden und ihre Wirtschaftsbeziehungen weiterhin in beiden Sphären zu pflegen.

Steigende CO₂-Preise, Lieferkettenunterbrechungen und der Wunsch nach Autarkie bei essenziellen Produkten sprechen schließlich für ein verstärktes Reshoring, also die Rückverlagerung von Produktionsschritten aus weit entfernten Niedriglohnländern nach Deutschland bzw. Europa.

Die Folge all dieser Deglobalisierungstendenzen ist der Verzicht auf die Spezialisierungs- und Wachstumsgewinne der internationalen Arbeitsteilung bzw. der Globalisierung.

Klimawandel und Dekarbonisierung

Sowohl der Klimawandel als auch die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung haben zur Folge, dass sie tendenziell das Wachstum dämpfen und Knappheiten erhöhen.

Der Klimawandel dämpft die weltweite Produktion von Konsumgütern über mindestens drei Kanäle: Erstens durch die Zerstörung von physischen Produktionsanlagen, Transportwegen und anderen wichtigen Infrastrukturanlagen durch Wetterextreme, also z. B. Starkregen mit Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren und Stürme. Zweitens durch klimabedingte Ernteeinbußen, die aus Wassermangel, Dürren, Stürmen und Überflutungen resultieren und drittens wegen des zunehmenden Wassermangels an sich. Letzterer betrifft nicht nur die Trinkwasserknappheit und die landwirtschaftliche Produktion, sondern z. B. auch Produktionsanlagen, die eine Wasserkühlung benötigen, und wasserintensive Produktionsverfahren, wie z. B. die chemische Industrie sowie die Metall-, die Nahrungsmittel- und die Papierindustrie.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die zwingend erforderliche ökologische Transformation umfangreiche Investitionen erfordert, um eine klimaneutrale private und öffentliche Produktions- und Transportinfrastruktur zu errichten. Die ökologische Transformation bindet dann produktive Ressourcen (also Maschinen und Arbeitskräfte), die nicht mehr für die Herstellung von Konsumgütern genutzt werden können. In der Übergangsphase wirkt sich das negativ auf das Konsumgüterangebot aus.

Darüber hinaus werden im Zuge der ökologischen Transformation vermehrt Biokraftstoffe anstelle von fossilen Energiestoffen zum Einsatz kommen. Entsprechend ergibt sich eine höhere Nachfrage nach Getreide, Pflanzenölen, Sojabohnen, Mais und anderen Agrarrohstoffen, die dann nicht mehr für die Ernährung der Menschen zur Verfügung stehen. In Kombination mit einer wachsenden Weltbevölkerung resultiert daraus eine größere Nahrungsmittelknappheit.

Fünf wirtschaftspolitische Handlungsoptionen

Wenn es somit in vielen Bereichen zu einer steigenden Knappheit von Gütern kommt, drohen wachsende Verteilungskonflikte und soziale Spannungen – sowohl innerhalb einzelner Länder als auch zwischen Nationen.

Um dies zu vermeiden, sind wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. Sie sollten in erster Linie die Knappheit durch eine umweltverträgliche Steigerung der zur Verfügung stehenden Gütermengen abbauen und zudem die Auswirkungen bestehender Knappheiten sozialpolitisch abfedern. Um diese Aufgaben anzugehen, bieten sich vor allem fünf Handlungsfelder an:

#1 Produktivitätssteigerungen

Wenn produktive Ressourcen knapp werden, lässt sich die Menge der verfügbaren Konsumgüter durch Produktivitätssteigerungen erhöhen. Zu denken ist dabei an höhere Investitionen in das Humankapital, an eine Intensivierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, an höhere private und öffentliche Investitionen sowie an den verstärkten Einsatz digitaler Technologien.

Dabei spielt der verstärkte Einsatz digitaler Technologien eine wichtige Rolle, weil diese Technologien betriebliche Abläufe optimieren und dadurch die Produktivität steigern. So trägt beispielsweise die systematische Auswertung von Big Data durch hochwertige Künstliche Intelligenz (KI) dazu bei, dass wirtschaftliche Entscheidungs- und Produktionsprozesse schneller, präziser und zuverlässiger durchgeführt werden können. Zudem beschleunigen die Automatisierung und die Algorithmisierung zahlreiche betriebliche Prozesse, z. B. Produktentwicklung, Verwaltung, Handel und Vertrieb, aber auch das gesamte Beschaffungswesen. Diese Beschleunigung erzeugt eine deutliche Effizienzsteigerung (vgl. BaFin 2018: 11).

#2 Steigerungen der Erwerbsbeteiligung

Eine Verringerung der Knappheit ergibt sich aus Maßnahmen, die die Erwerbsbeteiligung der

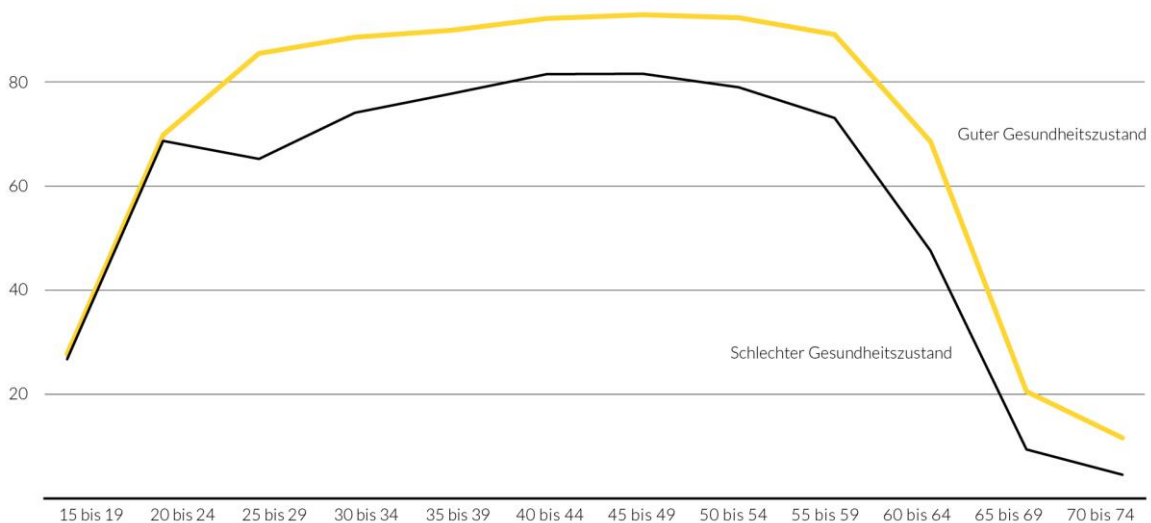
Menschen im erwerbsfähigen Alter erhöhen und so dem demografisch bedingten Arbeitskräftemangel entgegenwirken. Dafür bietet sich z. B. eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine bessere Bildung und einen besseren Gesundheitszustand an. So weisen z. B. in Deutschland die Menschen mit einem guten Gesundheitszustand ab dem Alter von 20 Jahren eine deutlich höhere Arbeitsmarktbeteiligung auf als Personen mit einem schlechten Gesundheitszustand (siehe Abb. 3).

auf Leistungen aus dem Ausland zurückgreifen. Denkbar ist beispielsweise der Import von erneuerbaren Energien und klimaneutralem Wasserstoff aus Ländern mit viel Sonnen-, Wind- und Wasserenergie. Das bedeutet dann auch, dass sich Deutschland und Europa an der Finanzierung der dafür erforderlichen Infrastruktur im Ausland beteiligen – entweder durch eigene Investitionen oder durch die Bereitstellung von Krediten und finanziellen Mitteln der nationalen Entwicklungspolitik.

ABBILDUNG 3:

Arbeitsmarktpartizipationsraten nach Gesundheitszustand und Alter in Deutschland im Jahr 2016

Angaben in Prozent



Quelle: Horvath et al. 2021: 10

In Deutschland bietet sich zudem eine Reform der Ehegattenbesteuerung an, um so „den Anreiz für Zweitverdienende zu einer Ausweitung ihres Arbeitsangebots zu stärken. Positive Beschäftigungseffekte dieser Reform wären insbesondere auf Ausweitungen des Arbeitsangebots von Frauen zurückzuführen“ (Blömer, Brandt und Peichl 2021: 8).

#3 Dekarbonisierung und Globalisierung

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen im Rahmen der ökologischen Transformation die Kosten des Transports von Produkten, Vorleistungen und Rohstoffen erhöhen und damit das Ausmaß des internationalen Handels verringern. Allerdings kann die Dekarbonisierung ihrerseits auch zu neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung führen, denn um die Kosten für die zwingend erforderliche Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft so gering wie möglich zu halten, sollten Deutschland und Europa auch

Darüber hinaus sollten auch multilaterale Lösungen ins Auge gefasst werden, bei der viele Länder ihre finanziellen Mittel zusammentragen und in einem gemeinsamen Fonds bündeln. Ein Instrument zur Realisierung dieses Vorgehens ist der Green Climate Fund (GCF). Er wurde 2010 auf der Klimakonferenz in Cancún (Mexiko) gegründet und ist das zentrale multilaterale Instrument, um die globalen Treibhausgasemissionen zu reduzieren (vgl. BMZ o. J.: 1).

#4 Sozialpolitische Flankierung hoher Konsumgüterpreise

Solange diese Maßnahmen ohne Erfolg bleiben und reale Knappheiten zu höheren Preisen führen, sollten steigende Konsumgüterpreise durch sozialpolitische Maßnahmen flankiert werden – ansonsten drohen soziale Spannungen. Preisbremsen sind dabei allerdings nicht sinnvoll, vielmehr sollte auf bedarfsorientierte Transferzahlungen

gen gesetzt werden. Konkret handelt es sich dabei z. B. um Zahlungen an private Haushalte, die ein bestimmtes Einkommen nicht überschreiten. Denkbar ist auch eine Verringerung der Steuersätze im unteren und mittleren Einkommensbereich (vgl. Baumgartner et al. 2022: 9).

Zu denken ist auch an öffentliche Investitionen, z. B. im Bereich des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs. Um die Nutzung dieses Angebots attraktiver zu machen, ist eine Senkung seiner Tarife denkbar – für alle Personen oder für besondere Personengruppen wie Berufspendler:innen, Schüler:innen und Studierende. Ein beispielhaftes Instrument ist das international bekannte „Wiener Modell“, bei dem die Einwohner:innen Wiens ein Jahresticket für den öffentlichen Personennahverkehr zum Preis von 365 Euro erwerben können (vgl. BUND 2017: 9).

#5 Forcierung eines ressourcenschonenden Konsumverhaltens

Um physische Knappheiten zu verringern und z. T. gar nicht erst entstehen zu lassen, bietet sich die Forcierung eines ressourcenschonenden Konsumverhaltens an. Das Hauptinstrument zur Veränderung des Nachfrageverhaltens sind Preise. Daneben bewirkt aber auch ein Präferenz- bzw. Wertewandel eine Änderung des Konsumverhaltens. Ein Präferenzwandel der Menschen kann durch sanfte Anstöße, durch ein sogenanntes „Nudging“, verstärkt werden.

Die Grundidee des „Nudging“ ist, dass sich viele Menschen eigentlich für ein umweltschonendes Verhalten entscheiden würden. Sie tun dies aber aus Gründen der Bequemlichkeit, der Trägheit und Gewohnheit oder auch aus Vergesslichkeit – um nur einige Hindernisse zu nennen – nicht. Ein sanfter „Stupser“ kann die Menschen dann dazu bewegen, von ihren Verhaltensroutinen abzuweichen. Beispiele, mit denen dies erreicht wird, sind die Offenlegung der Umweltkosten, die z. B. mit der nur einmaligen Verwendung von Handtüchern in Hotels verbunden sind, oder Warnhinweise hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs, der mit der Herstellung eines Produkts verbunden ist.

Literatur

BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) (Hrsg.) (2018). *Big Data trifft auf künstliche Intelligenz – Herausforderungen und Implikationen für Aufsicht und Regulierung von Finanzdienstleistungen*. Bonn und Frankfurt a. M.

Baumgartner, J., G. Felbermayr, C. Kettner-Marx, A. Köppl, D. Kletzan-Slamanig, S. Loretz und M. Schratzenstaller (2022). „Stark steigende Energiepreise – Optionen für eine Entlastung von Haushalten und Unternehmen“. *WIFO Research Briefs* 6/2022. Wien.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2022). Megatrend-Report #4: Die Rückkehr der Knappheit – Wie globale Demografie, Deglobalisierung und Dekarbonisierung Verteilungskonflikte verschärfen. Gütersloh.

Blömer, Blömer, M., P. Brandt und A. Peichl (2021). *Raus aus der Zweitverdienerinnenfalle – Reformvorschläge zum Abbau von Fehlanreizen im deutschen Steuer- und Sozialversicherungssystem*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (o. J.). *Green Climate Fund*. Berlin.

BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) (2017). *Perspektive Deutschland 2030: Suffizienz in der Praxis*. Berlin.

Görg, H., und K. Kamin (2021). „Globalisierung trifft Geoökonomie“. *Wirtschaftsdienst* (101). 854–857.

Horvath, T., S. Kaniovski, T. Leoni, M. Lizarazo López, T. Petersen, M. Spielauer und T. Url (2021). *Effekte von Bildung und Gesundheit auf Erwerbsbeteiligung und Gesamtwirtschaft im demografischen Wandel*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

IMF (International Monetary Fund) (2021). *World Economic Outlook Database – October 2021 Edition*. (<https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2021/October/>).

Petersen, T., M. Lizarazo López, S. Kaniovski und T. Url (2020). „Makroökonomische Folgen der demografischen Alterung – Simulationen für Deutschland, Japan und die USA bis 2050“. *Wirtschaftsdienst* (100). 958–963.

Pies, I. (2020). „Joe Kaeser, Luisa Neubauer und die Moral der Klimapolitik: Ordonomische Reflexionen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik“. *Diskussionspapier No. 2020-02*, Martin-Luther-

Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik. Halle (Saale).

United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2019). *World Population Prospects 2019*, Online Edition. Rev. 1. (<https://population.un.org/wpp/>).

Impressum

© Juni 2022
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Kontakt

Dr. Thieß Petersen
Senior Advisor
Programm Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81218
Mobil 0173 71 63 044
Fax 05241 81-681218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Titelbild

© appledesign – stock.adobe.com